

Wirksam arbeiten gegen Rechts Positionen des Vereins Rheinhessen gegen Rechts e. V.

In den aktuellen Zeiten ist die Arbeit gegen Rechtsextremismus und für eine starke Demokratie wichtiger denn je. Die Entwicklungen der letzten Jahre machen deutlich, dass es eine nicht nur abstrakte Bedrohung von Rechts gibt. Aus diesem Grund ist ein entschlossenes Handeln gegen Rechtsextremismus auf allen Ebenen wichtig. Zivilgesellschaftliche Initiativen, wie der Verein Rheinhessen gegen Rechts e. V., engagieren sich seit vielen Jahren gegen Rechtsextremismus in der Region. Rheinland-Pfalz verfügt bereits jetzt über ein breit aufgestelltes Angebot an Unterstützungsmöglichkeiten. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus wurde in den letzten Jahren verstärkt und verstetigt. Auf der anderen Seite steigen allerdings auch die Anforderungen, um ein wirksames Handeln zu ermöglichen - und zwar sowohl quantitativ wie auch qualitativ. Dabei sollten aus Sicht des Vereins Rheinhessen gegen Rechts zwei Säulen unterschieden werden: Prävention und Repression. Die Übergänge dabei sind jedoch fließend.

In den kommenden Jahren wird es daher darum gehen, die Arbeit gegen Rechtsextremismus und für eine freiheitliche, demokratische Gesellschaft weiter zu stärken. Hierzu gehört aus unserer Sicht:

1. Verstetigung und Ausbau der Unterstützungsangebote

Rheinland-Pfalz verfügt über ein vielfältiges Netz an Unterstützungsangeboten. Für regionale Initiativen ist die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (Beratungsknoten) ein wichtiger Partner. Sie unterstützen und fördern anlassbezogen zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus und auch Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Rheinhessen gegen Rechts begrüßt ausdrücklich die jüngste Entscheidung des Bundeskabinetts, die Prävention durch eine Unterstützung der politischen Bildung zu stärken. Auch das Land Rheinland-Pfalz sollte weiterhin und verstärkt die politische Bildung im Land und insbesondere Strukturen und Projekte gegen Rechtsextremismus und für Demokratie stärken.

Antwort:

Die grüne **Strategie gegen Rechts** ist ganzheitlich und reicht von Aufklärungsarbeit bei Kindern und Jugendlichen bis hin zu Aussteiger*innenprogrammen. Auf Kommunal- und Landesebene gibt es bereits eine Vielzahl an Initiativen, wie zum Beispiel das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz oder auch m*power, die mobile Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Diese Bemühungen wollen wir weiter stärken und die finanziellen Mittel verstetigen.

2. Schaffung eines Demokratiefördergesetzes

Der Verein Rheinhessen gegen Rechts e. V. begrüßt die Ankündigung von Bundesministerin Dr. Giffey, ein Demokratiefördergesetz auf den Weg zu bringen, um Planungssicherheit und Kontinuität in der Arbeit gegen Rechtsextremismus zu schaffen. Wir bitten die Landesregierung Rheinland-Pfalz diese Initiative nach Möglichkeit zu unterstützen.

Damit meinen wir ein neues Gesetz zur ausdrücklichen Förderung der Demokratie. Dieses muss unmissverständlich klar machen, dass es auch Aufgabe des Staates ist, die demokratische Bildung junger Menschen auf allen Ebenen zu organisieren. Zum Beispiel bei der politischen Bildung junger Menschen gibt es Nachholbedarf. In vielen Bereichen muss man von Modellprojekten zu einer strukturellen Förderung kommen. Viele gesellschaftliche Projekte zur Stärkung der Demokratie haben nur eine befristete Finanzgrundlage. Wir brauchen jedoch eine stabile Rechtsgrundlage, um Initiativen längerfristig und verlässlich fördern zu können. Es ist deshalb gerade jetzt Zeit für ein Demokratiefördergesetz, ein Gesetz für eine starke Zivilgesellschaft. Das schafft für alle Beteiligten Planungssicherheit und Kontinuität. Wir brauchen das Gesetz, um dauerhaft für unsere Demokratie einzutreten und Radikalisierung entgegenzuwirken. Demokratieförderung ist eine dauerhafte Aufgabe, weil sie lebensnotwendig ist für ein demokratisches Land.

Antwort:

Zu dieser Position nehmen wir gerne gemeinsam mit Position 4 Stellung.

3. Konsequentes Handeln gegen Hasskriminalität – Selbstverpflichtung

Die neuen Medien lassen leider auch eine zunehmende Enthemmung einiger erkennen. Hassbotschaften, Bedrohungen und Beleidigungen werden gepostet, geteilt und verbreitet. Daher begrüßen wir die Bemühungen auf Bundesebene, Hasskriminalität im Internet stärker entgegenzutreten.

Insbesondere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, aber auch ehrenamtlich Engagierte in der Demokratie-, Gedenk- und Flüchtlingsarbeit werden immer wieder Ziel von Anfeindungen. Leider werden viele Straftaten nicht zur Anzeige gebracht. Um Hasskriminalität bereits von Anfang an auch mit rechtlichen Mitteln zu begegnen, ist es jedoch wichtig, dass die Straftaten zur Anzeige gebracht werden. Wir schlagen daher unter den politischen Akteuren eine Selbstverpflichtung vor, dass sämtlich strafrechtlich relevante Posts, Tweets oder auch E-Mails angezeigt werden. Ehrenamtlich Aktive sind oftmals Bedrohungen ausgesetzt. Zum Schutz der betroffenen, ist die Einrichtung einer Beschwerdestelle wünschenswert, die auch anonyme Hinweise entgegennimmt.

Antwort:

Wir GRÜNE wollen den Menschen helfen, die von rechtem Hass attackiert werden. Dies gilt auch für Kommunalpolitiker*innen und die engagierte Zivilgesellschaft, die sich ehrenamtlich für unser aller Wohl einsetzen und immer wieder angegriffen werden. Wir haben bereits erreicht, dass der **Schutz gegen üble Nachrede und Verleumdung im Strafrecht auf Kommunalpolitiker*innen ausgeweitet** wird. Diesen Schutz wollen wir weiter ausbauen und auf Prävention setzen. Adressen von politisch aktiven Menschen müssen noch stärker geschützt werden.

Gerade politisch aktive Frauen werden im Netz Opfer von sexualisierter Gewalt; Antifeminismus ist Teil rechter Ideologie. Wir GRÜNE werden entschieden jedweden Hass im Netz und digitaler **Gewalt gegen Frauen und Mädchen entgegentreten**. Wir unterstützen deshalb **Initiativen zur strafrechtlichen Verfolgung** von

Hasskommentaren. Dafür müssen Strafverfolgungsbehörden – beispielsweise durch Fortbildungen – noch stärker für sexualisierte, digitale Gewalt sensibilisiert werden.

4. Zivilgesellschaftliches Engagement stärken

Neben der finanziellen Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus und für eine starke Demokratie ist auch eine ideelle Unterstützung erforderlich. Die Rheinland-Pfälzische Landesregierung hat bisher Initiativen gegen Rechts verlässlich unterstützt. Diese Unterstützung ist nicht nur ein klares politisches Bekenntnis. Sie stärkt auch ehrenamtlich Engagierten den Rücken.

Antwort:

Wir GRÜNE wollen die Gewalt- und Extremismusprävention, die politische Bildung und die Antidiskriminierungsarbeit stärker bündeln. Wir streben eine **gesicherte kontinuierliche Finanzierung** für Projekte gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit an. Auf Bundesebene muss ein Demokratiefördergesetz entstehen, damit sich eine wirkungsvolle und nachhaltige Struktur für die Arbeit gegen Rechts entwickeln kann. Wir brauchen ein Ende der reinen Projektfinanzierung und somit eine kontinuierliche Finanzierung der Prävention. Der Kampf gegen Rechts ist eine dauerhafte Aufgabe. Wir GRÜNE in Rheinland-Pfalz wollen dazu auch unseren finanziellen Anteil als Bundesland leisten. Wir kritisieren ausdrücklich, dass seitens der Bundesregierung die Gemeinnützigkeit von Vereinen, die sich gegen rechte Ideologien einsetzen, in Frage gestellt wird.

5. Mit Recht gegen Rechts

Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist auch eine Aufgabe des Rechtsstaates. Mit den Mitteln des Rechts kann Rechtsextremismus begegnet werden. Eine zentrale Rolle nehmen dabei die staatlichen Behörden wahr (Ordnungsämter, Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte). Diese haben ihre Aufgaben jeweils neutral wahrzunehmen. Sie haben aber auch auf die Einhaltung von Recht und Gesetz hinzuwirken. Rechtsextremismus ist eine Gefahr für unsere Gesellschaft, der auch mit den Mitteln des Rechts begegnet werden muss.

Zivilgesellschaftliche Initiativen können wichtige Partner im Kampf gegen Rechtsextremismus sein. Wir haben über die letzten Jahre festgestellt, dass sich ein offener und kritischer Dialog zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen und staatlichen Behörden bewährt. Wichtig ist dabei auf ein partnerschaftliches Miteinander hinzuwirken.

Antwort:

Wir GRÜNE kämpfen nach wie vor dafür, dass keine rechte Partei im Landtag und in der Kommunalpolitik vertreten ist. Zudem sollen **Anhänger*innen von rechtem und demokratiefeindlichem Gedankengut keine Aufgaben im öffentlichen Dienst** übernehmen dürfen – weder in den Gremien der Landesverwaltung noch in den Sicherheitsbehörden oder der Justiz. Dazu werden wir weitere rechtliche Möglichkeiten im Landesdisziplinargesetz prüfen. Darüber hinaus brauchen wir –

neben einem internen Prozess – eine unabhängige wissenschaftliche Untersuchung zu rechten Einstellungen bei der Polizei. Diese Studie kann uns wichtige Hinweise für eine zielgerichtete Prävention bei der Polizei liefern. Für Kommunen wollen wir ein neues Förderprogramm **Kommunen ohne Rassismus – Kommunen mit Courage** starten.

Rassismus fängt in den Köpfen der Menschen an. Bereits in jungen Jahren werden Vorurteile erlernt. Dabei hat Sprache einen entscheidenden Einfluss auf das Denken der Menschen. Deswegen wollen wir erreichen, dass der **Begriff „Rasse“ aus der rheinland-pfälzischen Landesverfassung** verschwindet. Es gibt keine Rassen, sondern nur Menschen. Wir werden eine Formulierung suchen und finden, die aktiv vor Diskriminierung schützt. Mit einer sprachlichen Anpassung in der Verfassung ist das Problem aber nicht gelöst. Wir müssen **Rassismus aktiv verlernen**. Dafür werden wir bestehende **Programme gegen Rassismus** stärken und ausbauen. Bisher wurde in Rheinland-Pfalz zu wenig zu diesem Thema geforscht. Deshalb halten wir einen in regelmäßigen **wissenschaftlichen Bericht über Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit** in Rheinland-Pfalz für unbedingt erforderlich.

Die neue Rechte versucht, sich durch lose Strukturen unbemerkbar zu machen und die Verantwortung durch den Verweis auf „Einzeltäter“ von sich zu schieben. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die **Sicherheitsbehörden den neuen Erscheinungsformen von Terrorismus stärker Rechnung tragen**.

Die **konsequente Entwaffnung** von Nazis und Reichsbürger*innen zählt auch zu der Strategie gegen Rechts. Wer Menschen hasst und die Bundesrepublik und ihre Gesetze ablehnt, darf keine Waffen besitzen. Wir GRÜNE fordern daher, alle Genehmigungen für Waffen und sprengstoffähnliche Materialien zu widerrufen und Waffen und Munition sicherzustellen, die im Besitz von Nazis und Reichsbürger*innen sind. Dafür brauchen wir eine **Kontrolloffensive** der kommunalen Waffenbehörden und ein **verschärftes Waffengesetz** auf Bundesebene.